

BmG-Infobrief 02/2026

Burgwedel, den 2. April 2026

Frühjahrgutachten 2026 der Wirtschaftsforschungsinstitute

Die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute haben ihr **Frühjahrgutachten** mit dem Titel „**Energiepreisschock überlagert Fiskalimpuls – Wachstumskräfte versiegen**“ vorgelegt.

Darin korrigieren sie die Wachstumserwartungen angesichts der Folgen des Iran-Kriegs deutlich nach unten. Unter der Annahme, dass der Konflikt zeitnah beendet und die Straße von Hormus im Verlauf des zweiten Quartals wieder voll passierbar sein wird, die Exporte von Öl und Flüssiggas aus der Region im Verlauf des zweiten Halbjahrs wieder an das Vorkriegsniveau herankommen und die Energiepreise ab dem Sommer wieder sinken, dürfte das **reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Deutschland 2026 um 0,6 % und 2027 um 0,9 % zunehmen**. Im Vergleich zum Herbstgutachten 2025 haben die Institute damit ihre Prognose für das laufende Jahr deutlich um 0,6 Prozentpunkte und für das kommende Jahr um 0,4 Prozentpunkte nach unten revidiert. Die weiterhin expansiven Staatsausgaben verhindern dabei eine noch stärkere Dämpfung des Wirtschaftswachstums.

- Während der **private Konsum** 2025 mit +1,6 % deutlich gestiegen ist, dürften die mit der energiepreisgetriebenen Inflation einhergehenden Kaufkraftverluste 2026 und 2027 zu einer deutlich geringeren Expansion führen. Die Institute erwarten für 2026 und 2027 Zuwächse von jeweils nur +0,4 %. Der staatliche Konsum wird hingegen mit +2,4 % bzw. +2,2 % u. a. durch die Effekte des Sondervermögens und steigende Sozialausgaben voraussichtlich kräftiger zulegen.
- Bei den **Ausrüstungsinvestitionen** dürfte sich 2026 ein leichter Zuwachs von +0,5 % ergeben, nachdem die Investitionen 2025 bereits zum dritten Mal in Folge rückläufig waren. Deutlich stützend wirken dabei die Investitionen der öffentlichen Hand u. a. in militärische Ausrüstungen, die auch 2025 bereits signifikant zugenommen hatten. Für 2027 wird dann eine stärkere Expansion der Investitionen um +3,4 % erwartet.
- Die Struktur des **Außenhandels** hat sich in den vergangenen Jahren u.a. aufgrund der US-Zollpolitik und dem deutlich verschärften Wettbewerb insbesondere mit China deutlich verändert. Die deutschen Exporte waren 2025 das dritte Jahr in Folge rückläufig. In ihrer Prognose erwarten die Institute für 2026 eine Stagnation der Exporte und für 2027 einen Anstieg um +1,3 %. Die Importe werden hingegen, auch aufgrund der deutlich gestiegenen Preise für Energie, stärker zulegen.
- Der **Verbraucherpreisindex** dürfte 2026 und 2027 um 2,8 % bzw. 2,9 % zulegen und damit deutlich oberhalb des Inflationsziels der EZB liegen. Dabei wirken sich die deutlich gestiegenen Energiepreise und die mittelbar ebenfalls steigenden Düngemittel- und Nahrungsmittelpreise, Transportkosten sowie Preise für Waren und Dienstleistungen aus. Die höhere Inflation dürfte mit **steigenden Leitzinsen** einhergehen; die



Fachvereinigung
Betonbauteile
mit Gitterträgern

Raiffeisenstraße 8
30938 Großburgwedel
Tel. 05139 9599-30
Fax 05139 9994-51

www.fachvereinigung-bmg.de
info@fachvereinigung-bmg.de

BUNDESVERBAND
DEUTSCHE
BETONBAUTEILE
solid
UNIT

Institute rechnen bis Ende 2027 mit drei Zinsschritten von jeweils 0,25 Prozentpunkten.

Zur **Baukonjunktur** nehmen die Institute unter dem Titel „**Bau lässt Talsohle hinter sich**“ wie folgt Stellung:

„Nach kräftigen Rückgängen in den Jahren 2023 (-5,9 %) und 2024 (-3,4 %) waren die Bauinvestitionen auch im Jahresdurchschnitt 2025 rückläufig. Dabei schwächte sich der Abwärtstrend deutlich ab (-0,6 %). Geprägt war der Rückgang von einem erneuten Minus der Wohnbauinvestitionen, die bereits das fünfte Jahr in Folge schrumpften. Die öffentlichen Bauinvestitionen stagnierten; lediglich der Wirtschaftsbau wurde ausgeweitet. Im Schlussquartal 2025 legten die Investitionen in Bauten kräftig zu (1,6 %), was wohl nicht zuletzt dem milden Winter geschuldet war. Zu diesem Anstieg trugen der Wohn- und der Nichtwohnbau gleichermaßen bei. Zu Jahresbeginn 2026 deuten Stimmungsindikatoren auf einen **Dämpfer für die Bauinvestitionen** hin. Zwar lag die Bauproduktion im Januar um 3,9% über dem Durchschnitt des Vorquartals, dies war jedoch ausschließlich auf einen kräftigen Zuwachs im Ausbaugewerbe zurückzuführen (8,7 %), während die Produktion im Bauhauptgewerbe aufgrund ungünstiger Witterungsbedingungen deutlich rückläufig war (-6,2 %). Diese dürften die Bautätigkeit auch im Februar spürbar beeinträchtigt haben.

In der ifo Konjunkturumfrage berichteten deutlich mehr Bauunternehmen als üblich über **witterungsbedingte Einschränkungen**. In der Folge ging auch die Kapazitätsauslastung im Bauhauptgewerbe zurück. So dürfte für das erste Quartal ein Minus der Bauinvestitionen zu Buche schlagen. Ab dem zweiten Quartal dürfte sich die Bautätigkeit jedoch wieder beleben. Im weiteren Verlauf des Prognosezeitraums wird der **öffentliche Bau voraussichtlich deutliche Impulse** liefern. Darauf weisen die zum Jahresende kräftig gestiegenen Auftragseingänge im Straßenbau hin. Die Geschäftserwartungen der im öffentlichen Bereich tätigen Bauunternehmen haben sich im vergangenen Jahr zeitweise deutlich verbessert, seit Jahresbeginn aber wieder leicht verschlechtert. Ungeachtet dieser verhaltenen Stimmung dürften die beschlossenen staatlichen Mehrinvestitionen insgesamt zu einer deutlichen Ausweitung der Bautätigkeit führen: Für das laufende Jahr ist mit einem Anstieg um 3,1 %, für das kommende Jahr um 4,0 % zu rechnen. Gleichwohl dürfte ein beträchtlicher Teil der Mittel aus dem Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität (SVIK) nicht in zusätzliche Investitionen fließen, sondern lediglich geringere Ausgaben im Kernhaushalt des Bundes sowie auf kommunaler Ebene ausgleichen, zumal die Kommunen mit deutlichen Finanzierungsengpässen zu kämpfen haben.

Der **Wirtschaftsbau dürfte im Prognosezeitraum moderat expandieren**. Nach dem witterungsbedingten Rückgang zu Jahresbeginn bleiben die Geschäftserwartungen im gewerblichen Hochbau jedoch verhalten; im März haben sie sich deutlich eingetrübt. Der Strukturwandel in der Industrie führt dazu, dass der Bau von Fabrik- und Lagergebäuden wohl gedämpft bleibt und Impulse vor allem von Investitionen in Rechenzentren und vom Ausbau der Energienetze ausgehen. Auch der **Wohnbau dürfte im Prognosezeitraum langsam ausgeweitet** werden. Sowohl die Auftragseingänge als auch die Baugenehmigungen im Wohnbau sind seit Anfang des vergangenen Jahres im Trend aufwärtsgerichtet und dürften im laufenden Jahr zunehmend in reale Bautätigkeit umgesetzt werden. Das Neugeschäftsvolumen bei Wohnungs-

baukrediten ist bis Mitte vergangenen Jahres gestiegen. Darin spiegelt sich wohl die vorübergehend verbesserte Erschwinglichkeit von Wohneigentum infolge höherer Einkommen und günstigerer Finanzierungsbedingungen wider. Dennoch dürfte die Erholung begrenzt bleiben und die starken Rückgänge der vergangenen Jahre nicht wettmachen. So berichteten im Februar immer noch 46 % der Wohnbauunternehmen von Auftragsmangel. Zudem stiegen die Zinsen für Immobilienkredite im März erneut, und das Neugeschäftsvolumen sank wieder.

Dennoch dürfte die **Baurezession alles in allem im Prognosezeitraum allmählich überwunden** werden. Die Institute erwarten **für die Jahre 2026 und 2027 einen Anstieg der Bauinvestitionen um jeweils 1,7 %**. Die Baupreise werden nach der zwischenzeitlichen Abschwächung der Preisdynamik im Zuge der schwachen Nachfrage im Prognosezeitraum wohl leicht anziehen. Vor allem im Tiefbau, wo die Kapazitäten abgesehen von Witterungseffekten bereits stark ausgelastet sind, dürften im Zuge von öffentlichen Infrastrukturprojekten Engpässe entstehen und einen Preisauftrieb begünstigen. Von den Steigerungen der Energie- und Materialpreise dürfte zusätzlicher Preisdruck ausgehen. Die Institute gehen davon aus, dass der Iran-Krieg nicht zu Materialengpässen führt.“

Der BBS hält die Einschätzungen der Institute zur Baukonjunktur vor dem Hintergrund der Auswirkungen des Iran-Kriegs für relativ optimistisch. Voraussetzung dafür ist, dass die Auswirkungen auf die Baupreise begrenzt bleiben und die erwarteten Zinsanpassungen nur geringe Wirkung auf dem Kreditmarkt zeigen.

In ihren weiteren Ausführungen lehnen die Institute mögliche energiepreissenkende Markteingriffe, etwa die temporäre Absenkung des Energiesteuersatzes auf Benzin und Diesel, angesichts damit einhergehender Fehlanreize und hoher Kosten ab. Statt Vorgaben zur Steigerung der Energieeffizienz schlagen die Institute die konsequente Ausrichtung der Klimapolitik auf den CO₂-Preis vor. Darüber hinaus plädiert das Frühjahrsgutachten für eine deutlich stärkere Zweckbindung der SVIK-Mittel und für umfassende wachstumssteigernde Strukturreformen etwa im Hinblick auf die Reduzierung der Regulierungsdichte und den Abbau von wachstumsdämpfenden Fehlanreizen im Steuer- und Sozialsystem.

Sie erhalten die Tabellen zu den Eckdaten der Prognose sowie zu den realen Veränderungen der Bauinvestitionen als **Anlage a**. Das vollständige Gutachten finden Sie [unter diesem Link](#).

Eckdaten der Prognose für Deutschland

	2022	2023	2024	2025	2026	2027
Bruttoinlandsprodukt ¹	1,8	-0,9	-0,5	0,2	0,6	0,9
Erwerbstätige ² (1 000 Personen)	45 629	45 935	45 987	45 982	45 882	45 924
Arbeitslose (1 000 Personen)	2 418	2 609	2 787	2 948	3 002	2 937
Arbeitslosenquote BA ³ (in %)	5,3	5,7	6,0	6,3	6,4	6,2
Verbraucherpreise ⁴	6,9	5,9	2,2	2,2	2,8	2,9
Lohnstückkosten ^{4,5}	3,8	7,6	5,6	4,5	2,6	2,5
Finanzierungssaldo des Staates ⁶						
In Mrd. Euro	-76,1	-105,2	-115,3	-119,1	-169,9	-200,9
In % des nominalen Bruttoinlandsprodukt	-1,9	-2,5	-2,7	-2,7	-3,7	-4,2
Leistungsbilanzsaldo						
In Mrd. Euro	162,5	232,4	255,1	202,7	157,2	165,2
In % des nominalen Bruttoinlandsprodukt	4,1	5,5	5,9	4,5	3,4	3,5

¹ Preisbereinigt. Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

² Inlandskonzept.

³ Arbeitslose in % der zivilen Erwerbspersonen (Definition gemäß Bundesagentur für Arbeit).

⁴ Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

⁵ Im Inland entstandene Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde bezogen auf das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde.

⁶ In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG 2010).

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit; Deutsche Bundesbank;
2026 bis 2027: Prognose der Institute.

© GD Frühjahr 2026

Bauinvestitionen

	2025	2023	2024	2025	2026	2027
	Anteile in %	Veränderung ggü. dem Vorjahr in %, preisbereinigt				
Wohnbauten	59,2	-7,3	-5,4	-2,0	1,7	1,2
Nichtwohnbauten	40,8	-3,6	-0,1	1,4	1,6	2,5
Gewerblicher Bau	24,0	-6,4	-5,0	2,5	0,6	1,4
Öffentlicher Bau	16,8	1,1	7,4	-0,0	3,1	4,0
Bauinvestitionen	100,0	-5,9	-3,4	-0,6	1,7	1,7

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2026 bis 2027: Prognose der Institute.

© GD Frühjahr 2026